

Berichte 2009 - 2010

Entwicklung für Frieden



FriEnt

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von neun staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen.

Ziel von FriEnt ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern sowie zu einer konfliktensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Gemeinsam wollen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für die vielfältigen Ansätze und Potentiale entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Politik und Öffentlichkeit werben.

Die FriEnt-Mitglieder eint ihr Engagement für Frieden und Entwicklung. Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer Größe, in ihrem Auftrag, in ihrem Partnerfeld im Ausland und in ihren Projekt- oder Arbeitsansätzen. Diese vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen wollen sie für eine gemeinsame und produktive Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Entwicklung nutzen.

Die Mitglieder von FriEnt sind:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) | Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH | Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) | Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe / Misereor | Konsortium Ziviler Friedensdienst | Plattform Zivile Konfliktbearbeitung / Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) | Zentrum für Internationale Friedenssätze (ZIF)

Impressum

© Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Tel. +49-228-535-3259
Fax +49-228-535-3799
frient@bmz.bund.de
www.frient.de

Redaktion: Marc Baxmann, Natascha Zupan (V.i.S.d.P.)

Assistenz: Eva Wernecke

Autorinnen und Autoren:

Marc Baxmann, Anja Justen, Caroline Kruckow, Marius Müller-Hennig, Lisa Schirch, Sylvia Servaes, Angelika Spelten, Natascha Zupan

Hinweis:

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren und nicht notwendigerweise die der FriEnt-Mitglieder wieder. Für eine bessere Lesbarkeit wird auf die Nennung der weiblichen Bezeichnung von Personengruppen verzichtet. Selbstverständlich beziehen sich alle Aussagen gleichermaßen auf Frauen und Männer.

Bonn, Juli 2011

Bildnachweise:

Titel: Deborah Benbrook; S. 2: Thomas Köhler/photothek; privat; S. 3 v.l.n.r.: Thomas Köhler/photothek; Thomas Ecke; Chris Willkomm; Thomas Ecke; S. 4: O. Lehner/European Commission; S. 5 links: Ben Barber/USAID, Photoshare; S. 5 rechts: Charlie Saceda; S. 6: mortsan, CC-Lizenz; S. 7: UN Photo/Martine Perret; S. 8/S. 9: European Union (3x); S. 10: UN Photo/Paulo Filgueiras; S. 11: Chris Willkomm (3x); S. 12: Caroline Kruckow; S. 13 links: BMZ; S. 13 rechts: Jan Stockbrügger; S. 14: alex.ch; S. 15: Michael Billanitsch/EED; S. 16: Jonathan McIntosh/flickr; S. 18: European Commission; S. 19 oben: privat; S. 19 unten: GIZ; S. 20: The Advocacy Project; S. 21 oben: privat; S. 21 unten: Jochen Hippler; S. 22: Ben Parker/IRIN; S. 23 oben: privat; S. 23 unten: Sandra Cuffe; S. 24: Thomas Ecke

Inhalt

Vorwort: Mehr als die Summe seiner Teile – FriEnt wird 10	2
Editorial: FriEnt 2009/2010 – Vernetzen, Informieren, Beraten	3
Paradigmen herausfordern	
Annahmen hinterfragen – Neue Wege beschreiten	4
Krisenregion Südkaukasus: Mit Mediation und Dialog aus der Konfliktfalle?	6
Wahlen als Wegbereiter oder Stolperstein zum Frieden – das Beispiel Burundi	7
Perspektiven internationaler Friedensarbeit	
Quo vadis EU: Neue Impulse für Frieden und Entwicklung?	8
UN-Friedenstag: Internationale Verantwortung für Frieden und Entwicklung	10
Konflikt- und Friedenspotentiale von Land	
Konfliktressource Land – Heimat oder Produktionsgrundlage?	12
Kambodscha: Staatlich-zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zur Bearbeitung von Landkonflikten	14
Indonesien: Schutz von Land- und Menschenrechten	16
Südafrika: Landrückgabe zwischen Gerechtigkeit und Entwicklung	17
10 Jahre FriEnt	
„Es gab eine große Aufbruchstimmung“	18
Adolf Klope-Lesch und Jürgen Nikolai erinnern sich an die Anfänge von FriEnt	
Perspektiven entwicklungspolitischer Friedensarbeit	20
Natascha Zupan blickt auf alte und neue Herausforderungen	
Hürden überwinden	22
Gastbeitrag von Lisa Schirch zur staatlich-zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit	
Wissen austauschen – Impulse geben	24
FriEnt im Detail	25



Mehr als die Summe seiner Teile – FriEnt wird 10

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

vertrauensvolle staatlich-zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit an den Schnittstellen von Frieden und Entwicklung – dafür steht die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) seit nunmehr zehn Jahren. Isolierte Maßnahmen schmälern die Früchte unserer eigenen entwicklungspolitischen Friedensarbeit. Der Austausch von Analysen und Erfahrungen ist für die effektive Arbeit in komplexen Krisen- und Gewaltsituationen daher unerlässlich. Diese Erkenntnis veranlasste staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen am 1. September 2001 zur Gründung von FriEnt.

FriEnt bietet seinen Mitgliedern eine einzigartige Vernetzungs- und Lernplattform. Ziel ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern, Themen der entwicklungspolitischen Friedensarbeit weiter zu entwickeln sowie gemeinsam zu einer konflikt sensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Während der vielbeschworene „Dialog auf Augenhöhe“ leider viel zu häufig eine rhetorische Leerformel bleibt, ist er bei FriEnt notwendige Bedingung und Existenzgrundlage.

In zehn Jahren haben wir gelernt, dass dieser Dialog jedoch nicht immer auf Anhieb und vorbehaltlos gelingt. Zu unterschiedlich sind dafür unsere Organisationskulturen, unsere „Theorien des Wandels“, Mandate und Ansätze. Gemeinsam teilen wir aber das Verständnis, auch Kontroversen im Rahmen von FriEnt vertrauensvoll auszutragen und für eine produktive Auseinandersetzung zu nutzen.

Das gilt sowohl für die Planung von konkreten Aktivitäten vor Ort als auch für den Austausch über sensible und

aktuelle Themen – wie zum Beispiel der Ausgestaltung des Verhältnisses von Sicherheit, Frieden und Entwicklung. Aber auch zu den gängigen Paradigmen der Friedens- und Entwicklungsarbeit, zu internationalen Prozessen oder den möglichen konfliktverschärfenden Folgen von Investitionen in Land. Nicht laut, sondern im kleinen Kreis – häufig unter Einbeziehung der Perspektiven unserer Partner vor Ort. Dies erlaubt den Blick über den eigenen Tellerrand und ermöglicht gemeinsames Lernen.

Das FriEnt-Team gibt dafür die notwendigen Impulse, regt Kooperationen an und berät zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen. Durch seine einzigartige Zusammensetzung – größtenteils aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mitgliedsorganisationen – gelingt in der Arbeitsgemeinschaft die Zusammenschau von Perspektiven. Ein differenzierteres Verständnis der Konfliktlagen und -dynamiken sowie eine bessere Abstimmung der verschiedenen Programme werden dadurch erst möglich.

Auch in den nächsten Jahren wird es den Mitgliedern von FriEnt ein wichtiges Anliegen sein, für die Ansätze und Potenziale der entwicklungspolitischen Friedensarbeit in der deutschen Politik und Öffentlichkeit zu werben. Unser Fokus liegt dabei auf langfristigen Lösungen, der Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Partner und Partnerländer sowie auf der Anerkennung von Vielfalt bei der Prävention gewaltsamer Konflikte und der Förderung eines nachhaltigen Friedens.

Bonn/Berlin, Juli 2011

Christine Toetzke, BMZ

Dr. Wolfgang Heinrich, EED

Vorsitzende des FriEnt-Lenkungsausschusses



FriEnt 2009/2010 – Vernetzen, Informieren, Beraten

Liebe Leserinnen und Leser,

16 Länderrundtische, zwölf Fach- und Arbeitsgespräche, zwei internationale Konferenzen, drei öffentliche Veranstaltungen, 20-mal FriEnt Impulse und Webnews, drei Briefing-Papiere und drei Dokumentationen – dazu diverse Beratungsprozesse und Qualifizierungsmaßnahmen. So liest sich die Bilanz des FriEnt-Teams in den Jahren 2009 und 2010. Doch hinter den nackten Zahlen stecken komplexe thematische und länderspezifische Herausforderungen, vor denen (nicht nur) die FriEnt-Mitglieder stehen. Wir hoffen, dass wir mit unseren Aktivitäten Impulse für die Weiterentwicklung entwicklungspolitischer Friedensarbeit geben konnten.

Wir freuen uns, Ihnen mit den „Berichten 2009/2010“ Einblicke in unsere Arbeit und das Engagement der FriEnt-Mitglieder zu geben. Im Zentrum steht dabei jedoch nicht die Leistungsbilanz, sondern der Blick gilt den jeweiligen inhaltlichen Herausforderungen und deren Bedeutung für die konkrete Arbeit der unterschiedlichen friedens- und entwicklungspolitischen Akteure. Als thematische Anker haben wir dafür „Paradigmen der Friedensförderung“, „Internationale Prozesse“ und „Landkonflikte“ aus unseren Themenschwerpunkten ausgewählt. Unser besonderer Dank gilt dabei den Kolleginnen und Kollegen unserer Mitgliedsorganisationen und den anderen Gesprächspartnern, die in Interviews über ihre Erfahrungen berichten und ihre Standpunkte vorstellen.

Die Jahre 2009 und 2010 haben für die Arbeitsgemeinschaft einige Veränderungen mit sich gebracht. Die politischen Stiftungen sind wieder mit zwei Vertretungen durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung repräsentiert. Durch den Beitritt des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze gewinnt die Arbeitsgemeinschaft eine wichtige Perspektive auf die Themen Frieden und Entwicklung. Damit konnten wir auch zahlreiche neue Kolleginnen und Kollegen im Team sowie im Lenkungsausschuss begrüßen.

Im Jubiläumsjahr 2011 blicken wir auf die letzten zehn Jahre entwicklungspolitischer Friedensarbeit zurück. Gemeinsam mit den FriEnt-Mitgliedern wollen wir daraus aktuelle Herausforderungen ableiten und damit verbundene Handlungsoptionen für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure diskutieren. Neben den Fortschritten und „Baustellen“ bei der Integration von Friedensförderung in klassische Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit – Bildung, Gesundheit und Land – stehen der Blick auf die internationale Ebene sowie Transformations- und Demokratisierungsprozesse auf dem Programm.

Mit dieser Reflexion legen wir gleichzeitig den Grundstein für das weitere Nachdenken innerhalb der Arbeitsgemeinschaft über zukünftige Schwerpunkte und Ziele von FriEnt. In den vorliegenden „Berichten 2009/2010“ finden Sie bereits einen Rück- und Ausblick anlässlich des zehnjährigen Jubiläums.

Das FriEnt-Team wünscht Ihnen eine anregende Lektüre!

Natascha Zupan
Leiterin FriEnt-Team

Marc Baxmann
Kommunikation



Annahmen hinterfragen – Neue Wege beschreiten

Demokratie schafft Frieden. Zivilgesellschaft baut Brücken über gesellschaftliche Gräben hinweg. Dialog führt zu Versöhnung. Was aber, wenn diese zugegebener Maßen etwas verkürzt dargestellten Grundlagen und Annahmen entwicklungspolitischer Friedensarbeit von der Realität in Frage gestellt werden? Wenn etwa Wahlen Gewalt auslösen, oder Begegnung bestehende Feindbilder manifestiert? Dann, so der Gedanke von FriEnt, müssen diese Paradigmen einer kritischen Reflexion unterzogen werden. Dabei geht es nicht darum, bestehende Annahmen völlig zu verwerfen, vielmehr müssen sie auf ihre Tragfähigkeit in anderen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten überprüft und Arbeitsansätze entsprechend angepasst werden. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern hat FriEnt zwei dieser Ansätze – die Unterstützung von politischen Transformationsprozessen und Dialogprogramme – näher in den Blick genommen.

„I am because we are“

„Welche Veränderungen erwartest Du persönlich, wenn die Partei, die Du gewählt hast, die Wahlen gewinnt oder verliert? Diese Frage richtete sich an Jugendliche aus Deutschland und Kenia, die im Herbst 2010 an einer von FriEnt moderierten Veranstaltung über „Die Bedeutung von Parlamentswahlen“ teilnahmen. Während bei den deutschen Jugendlichen der Eindruck dominierte, dass sich für sie selbst kaum etwas ändert, blieb es auf kenianischer Seite still. Selbst nach wiederholten Versuchen verstanden die Teilnehmenden die Frage nicht. Schließlich meldete sich der Leiter der kenianischen Besuchergruppe zu Wort: „So wie Du die Frage stellst, können wir nichts dazu sagen, wir haben keine individuellen Erwartungen und es ist auch nicht relevant, welche Konsequenz ein Wahlergebnis für mich persönlich hat: ‚I am because we are‘, für jeden Einzelnen ist nur wichtig,

welche Konsequenzen das Wahlergebnis für die ganze Gruppe hat.“

Diese Reaktion verblüffte und bestätigte dabei doch nur eine Realität, die bekannt ist: Für viele Menschen in afrikanischen Ländern ist nach wie vor nicht der Staat, sondern die ethnische Gruppe das zentrale Referenzsystem. Hier laufen die Loyalitätsbeziehungen zusammen, sie hat Einfluss auf die Erwartungen und das Verhalten des Einzelnen in seiner Rolle als Wähler, als Kandidat oder Träger eines politischen Amtes, als Mitarbeiter einer Behörde.

In den vergangenen Jahren ist jedoch die intellektuelle Mittelschicht in afrikanischen Ländern gewachsen, die Reformen und eine moderne, an demokratischen Grundsätzen orientierte Staatsorganisation anstrebt. Auf diese Reformkräfte setzten westliche Konzepte zur Förderung von Guter Regierungsführung und Friedensstabilisierung. Sie basieren auf der Prämisse, dass die Entscheidungsträger in staatlichen Institutionen alte Loyalitätszwänge überwunden haben und sehen den größten Hebel zur Demokratisierung und Friedensstabi-

FriEnt-Aktivitäten

Opportunities and Risks of Elections in Africa
Internationaler Workshop im Mai 2009

Friedensförderung durch Dialog – Grenzen und Potentiale
Fachgespräch in Kooperation mit dem Konsortium Ziviler
Friedensdienst im Oktober 2009

Gespräche über die Chancen und Risiken von Wahlen vor Ort
in Burundi, Kenia und Tansania im Februar 2010

Kenias neue Verfassung – Ein Durchbruch für Frieden
und Stabilität?

FriEnt-Rundtisch im Oktober 2010

lisierung in der Reform politischer Strukturen, Institutionen und rechtlicher Rahmenbedingungen.

Doch die realen Entwicklungen in einigen Partnerländern erfordern eine kritische Reflexion dieser Erwartungen. Dr. Ulrich Golaszinski, Leiter Region Östliches Afrika und des Demokratieprojektes der Friedrich-Ebert-Stiftung zieht ein skeptisches Fazit aus der Beobachtung der Verfassungsreformprozesse in Zimbabwe und Kenia: „Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der ‚peoples driven constitutions‘ in Zimbabwe und in Kenia zeigen, dass es offenbar möglich ist, weitreichende politische Reformen durchzuführen ohne dass sich dadurch an den tiefer liegenden politischen Konflikten etwas ändert. Man verändert die Strukturen des Systems und dennoch ist nicht auszuschließen, dass die neuen Machtzirkel auch die alten sein werden, die nach alten, wenig transparenten Regeln agieren.“

Programme auszudifferenzieren“, so Gudrun Kramer vom österreichischen „Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding“ bei einem FriEnt-Fachgespräch im Oktober 2009. Und weiter: „Was in Mediationsprozessen mit politischen Entscheidungsträgern angestrebt wird, kann nicht Gegenstand von Dialogprogrammen auf Graswurzelebene sein. Ziele müssen hier angepasst und die Methodik darf nicht von einem Dialogkontext auf den anderen übertragen werden. Bei zivilgesellschaftlichen Prozessen geht es darum, die Alltagsrealität von Menschen zu verändern, nicht darum, den Konflikt zu lösen.“

Zu dieser Realität gehört auch, dass das soziale Umfeld einer Begegnung mit „dem anderen“ meist feindlich gegenübersteht. Teilnehmende von Dialogprojekten müssen deswegen sorgfältig ausgewählt und intensiv begleitet werden. Auch die Voraussetzungen sollten geprüft werden. Wenn sich im



Wie mit dieser Realität umgegangen werden kann, welche Anpassungen notwendig und welche gewaltpräventiven Maßnahmen erforderlich sind, war Gegenstand mehrerer FriEnt-Fachgespräche. Deutlich wurde, dass die Wirkungshypothesen von Demokratisierungsprogrammen in jedem Land an der Funktionslogik bestehender Machtverhältnisse anknüpfen sollten. Reformen sollten außerdem gesellschaftliche Friedenspotenziale nicht überfordern, um das Gewaltisiko kalkulierbar zu halten.

„Die Alltagsrealität verändern“

Ob in Ruanda, Bosnien, oder Israel und den palästinensischen Gebieten: In vielen Friedensprozessen sind zivilgesellschaftliche Dialog- und Begegnungsprogramme nicht mehr wegzudenken. „Allerdings wird häufig versäumt, die Ziele solcher



Alltag wenig ändert, wenn Checkpoints und Mauern eine Begegnung praktisch unmöglich machen, dann kann dies zu Frustration und Ablehnung führen. Statt über die Gräben hinweg Dialoge anzuregen ist es deswegen häufig geboten, zunächst innerhalb einer Gesellschaft zu arbeiten.

Ob innerhalb oder zwischen Gesellschaften: Außenstehende können in beiden Fällen eine wichtige Rolle übernehmen. Nenad Vukosavljevic vom „Center for Nonviolent Action“ aus Belgrad empfiehlt Externen, flexibel zu bleiben, Risiken einzugehen und die eigene Rolle zu reflektieren: „Externe Akteure bleiben nicht lange extern, und wer eine Vermittlerrolle für sich beansprucht muss dabei auch bedenken, dass lokale Partner in eben dieser Rolle geschwächt werden könnten.“



Krisenregion Südkaukasus: Mit Mediation und Dialog aus der Konfliktfalle?

Der August-Krieg 2008 zwischen Russland und Georgien hat bei den Menschen in der Region ein schweres Trauma verursacht. Ihre Hoffnung auf Frieden und Entwicklung wurde abrupt zerstört. Heute stellen sich vielfältige Herausforderungen für die Friedensarbeit in und mit den Sezessionsgebieten Abchasien und Südossetien, unter anderem die Integration der intern Vertriebenen.

Ein anderer, langjähriger Krisenherd ist der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-Karabach. Am Rande des Krieges in Georgien erhielt auch dieser Konflikt neue Aufmerksamkeit. Kurzfristig weckte dies Hoffnung auf eine friedliche Lösung. Doch weder das internationale Engagement noch die Annäherung zwischen Armenien und der Türkei führten zu einer politischen Lösung. Ganz im Gegenteil scheint sich die Lage, vor allem an der Grenze zwischen den beiden Ländern, kontinuierlich zu verschärfen.

Beide Konflikte pendeln zwischen Dialog und Stillstand – zwischen Neutralität in der Statusfrage und Forderungen nach territorialer Integrität. Starre nationalistische Haltungen auf allen Seiten erschweren die zivile Konfliktbearbeitung und engen zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume drastisch ein.

„Jede Form von Dialog muss gut begleitet sein“
Interview mit Walter Kaufmann, Leiter der Regionalabteilung Osteuropa der Heinrich-Böll-Stiftung

Welche Herausforderungen stellen sich für zivilgesellschaftliche Friedensarbeit im Südkaukasus?

Gerade die Regierungen in Aserbaidschan und Georgien haben kein Interesse an neutralen Vermittlern. Sie fordern von der Zivilgesellschaft vielmehr die Unterstützung für ihre Positionen, also territoriale Integrität und Reintegration. Wer sich nicht in dieses Fahrwasser begeben möchte, dessen Handlungsspielraum wird noch weiter eingeschränkt.

Wo liegen die Hauptprobleme der Mediation?

Eines der größten Konfliktpotentiale liegt in der fehlenden Anerkennung der Konfliktparteien aus den Sezessionsgebieten. Die systematische Blockierung des Zugangs zur lokalen Ebene ist dabei die größte Hürde für den Mediationsprozess. Die Regionen sollen isoliert werden, wofür den Statusfragen derzeit wieder viel Gewicht eingeräumt wird.

Welche Dialogansätze haben sich bewährt?

Um sich von den Statusfragen entfernen und Teilnehmende aus Sezessionsgebieten einladen zu können, haben sich vor allem überregionale Formate mit Treffen außerhalb der Konfliktregionen bewährt. Allerdings nur, wenn sie transparent und öffentlich waren und mit geeigneten Akteuren stattfanden. Jede Form von Dialog muss unbedingt gut begleitet sein: Es bedarf einer strategischen Bearbeitung der Blockaden sowie einer sorgfältigen Vor- und Nachbereitung. Ansonsten besteht in dieser verhärteten Situation schnell die Gefahr, einen „Clash“ zu provozieren. Wichtig ist, von vornherein die Rückwirkungsmöglichkeiten in die eigene Gesellschaft und die Arbeit an den Tabus einzubeziehen.

FriEnt-Aktivitäten

Mit dem 2008 etablierten Rundtisch Südkaukasus will FriEnt den Blick für die Vielschichtigkeit und wechselseitige Abhängigkeit der Konflikte im Südkaukasus schärfen. Themen waren bisher:
Aktuelle Situation in Georgien und Fragen der Krisenprävention (April 2009)

Chancen für zivile Konfliktlösung in Nagorny-Karabach (Oktober 2009)

Friedenspotentiale in Georgien aus Sicht der intern Vertriebenen (Juni 2010)



Wahlen als Wegbereiter oder Stolperstein zum Frieden – das Beispiel Burundi

FriEnt-Aktivitäten

Wahlen sind der Mechanismus, mit dem die Bevölkerung eines Landes bestimmt, wer sie repräsentieren und führen soll und der die Machtübergabe zwischen konkurrierenden Parteien durch einen strukturierten und transparenten Wettbewerb nach vorgegebenen Regeln möglich macht. So werben nicht nur die Länder des globalen Nordens in Afrika für politische Reformen, so definiert auch die Afrikanische Union die Zielsetzung von Demokratisierungsprozessen. Doch die Erfahrung einiger afrikanischer Länder zeigt, dass das Verhalten von Wählern und politischen Parteien oft ganz anderen Normen und Logiken folgt. In fünf der zehn Länder, die 2010 Präsidentschaftswahlen durchführten, erkannte die Opposition oder Teile der Bevölkerung die Wahlergebnisse nicht an – was in einigen Fällen gewaltsame Folgen hatte.

So stand in Burundi zwischen Mai und September 2010 ein Wahlmarathon von der kommunalen bis zur nationalstaatlichen Ebene an, dem bereits zu Beginn das Scheitern drohte. Auf den Wahlsieg der Regierungspartei bei den Kommunalwahlen reagierte die Opposition mit dem Vorwurf massiver Wahlmanipulation und zog ihre Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zurück. Einige Mitglieder des Konsortiums Ziviler Friedensdienst unterstützten vor den Wahlen lokale Partner bei ihren Bemühungen, das Verständnis über demokratische Verfahren und Institutionen sowie die Rolle von politischen Parteien in der Bevölkerung zu verbreitern. Im Interview diskutiert Günter Schönegg, Berater von Eirene in Burundi, die Bedeutung der Wahlen für die lokale Bevölkerung.

Durch den Boykott der Opposition gab es bei der Präsidentschaftswahl nur einen Kandidaten. Hatten diese Wahlen für die Bevölkerung dann überhaupt eine Funktion?

Eigentlich wollte die Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt keine Wahlen, sie hatte und hat andere Prioritäten. Nach dem Verständnis vieler Burunder gab es die Wahlen,

Im Rahmen des Schwerpunktthemas Prävention hat sich FriEnt insbesondere mit dem Thema Chancen und Risiken von Wahlen in Afrika beschäftigt. Zum Länderbeispiel Burundi fanden Rundtischgespräche statt. Themen der Veranstaltungen waren:

Wahlen in Burundi. Ein Handlungsfeld für FriEnt Mitglieder? (September 2009)

Elections in Burundi. Where do we go from here? (September 2010)

weil dies im Friedensprozess von Arusha 2010 so vereinbart wurde. Nicht zu wählen hätte bedeutet, den Friedensprozess in Frage zu stellen. Insofern hielt man sie auf dem Weg zum Frieden für notwendig. Die Menschen waren sich aber sehr bewusst, dass Wahlen zu Destabilisierung und Gewalt führen können und erlebten sie daher sehr zwiespältig. In erster Linie haben Burunder bei allen Wahlen für „Stabilität“ votiert, die Stimmabgabe für den amtierenden Präsidenten Nkurunziza und seine Partei war ein Votum für „weiter so“.

Auch wenn die Burunder in diesen Wahlen eher ein notwendiges Übel sahen: Tragen sie vielleicht dennoch zur Demokratisierung bei, weil Demokratie geübt werden konnte?

Für die burundische Gesellschaft sind Lokal- und Kommunalwahlen ein wesentlich besseres Lernfeld für Demokratie. Auf dieser Ebene gibt es für die Landbevölkerung Partizipationsmöglichkeiten, die auf Provinz oder nationaler Ebene nicht gegeben sind. Entscheidungen auf kommunaler Ebene haben zudem unmittelbare Auswirkungen für die Landbevölkerung und die Prozesse der Entscheidungsfindung sind nachvollziehbar. Es ist bedauerlich, dass die internationale Gemeinschaft Wahlzyklen auf kommunaler Ebene nur selten beobachtet. Ihre Bedeutung für die Etablierung demokratischer Verfahren wird oft unterschätzt.



Quo vadis EU: Neue Impulse für Frieden und Entwicklung?

In den letzten zwei Jahren wurden die Weichen für das zukünftige Engagement der EU für Frieden und Entwicklung gestellt. Mit dem Lissabonner Vertrag haben sich die 27 Mitgliedstaaten vertraglich auf das Ziel der Krisenprävention festgelegt. Der neue Europäische Auswärtige Dienst bündelt nun die regionalen Zuständigkeiten und enthält eine eigene Einheit für Krisenprävention. Damit ergeben sich gleichzeitig Chancen und Herausforderung für die Verknüpfung von Europäischer Friedenspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

Im Göteborger Programm zur Prävention gewaltsamer Konflikte hat sich die EU vor zehn Jahren darauf verpflichtet, lang- und kurzfristige Instrumente zu stärken, Krisenprävention und Friedensförderung in alle relevanten Politikbereiche zu integrieren und die strukturellen Konfliktursachen gezielt zu bearbeiten. Und tatsächlich hat sie eine Reihe von spezifischen Instrumenten entwickelt und ausgebaut. Optimierungsbedarf besteht allerdings in der Verbindung zu Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Dies wird bei den finanziellen Instrumenten, aber auch bei einigen regionalen Strategien deutlich. So blieben beim dritten EU-Afrika-Gipfel Ende 2010 neue Impulse für die Integration von Friedensförderung in die gemeinsame Afrika-EU-Strategie weitgehend aus.

Spätestens im Rahmen der derzeitigen Reformprozesse der EU-Entwicklungspolitik und den Verhandlungen zum nächsten Finanzrahmen ab 2014 wird sich nun zeigen, welchen Stellenwert die EU der Krisenprävention in ihren Außenbeziehungen beimisst und welche Funktion dabei der Entwicklungszusammenarbeit zukommt.

Bei all diesen Prozessen spielen die Perspektiven und die Expertise zivilgesellschaftlicher Organisationen eine wichtige Rolle. Im Rahmen der „Peacebuilding Partnership“ des EU-Stabilitätsinstruments wurde beispielsweise ein Dialognetz-

werk gegründet, das den strukturierten Dialog zwischen Zivilgesellschaft und EU-Institutionen ermöglicht.

„Wir werden um eine stärkere Arbeitsteilung nicht herum kommen“

Interview mit Christine Toetzke,
Referatsleiterin Frieden und Sicherheit im BMZ

Welche Rolle spielt die EU-Ebene für die deutsche entwicklungspolitische Friedensarbeit?

Die EU spielt eine ganz wesentliche Rolle, denn sie gibt den Rahmen vor. Der ist zum einen im Göteborger Programm, im Europäischen Entwicklungskonsens aber natürlich auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie festgelegt. Auf der anderen Seite bilden EU-Beschlüsse zu bestimmten Konflikten oder fragilen Staaten eine wichtige Basis – auch für die Koordinierung der EU-Position in internationalen Organisationen. Und in diesem Rahmen bewegt sich auch die deutsche entwicklungspolitische Friedensarbeit.

Die EU hat viele Instrumente, die den einzelnen Mitgliedstaaten nicht zur Verfügung stehen, an denen wir aber mitwirken. Beispielsweise das EU-Stabilitätsinstrument.

FriEnt-Aktivitäten

Das EU-Stabilitätsinstrument als Brücke zwischen Sicherheit und Entwicklung - Welche Rolle für die Zivilgesellschaft?
FriEnt/VENRO-Fachgespräch im März 2009

Zur Rolle der EU in der Region Tschad/Sudan
FriEnt-Rundtisch Tschad/Sudan im Juni 2009

Potentiale des Menschenrechtsdialogs EU-Indonesien für
Frieden und Entwicklung
FriEnt-Rundtisch Indonesien im Oktober 2010

Außerdem setzt die EU sehr viele Mittel und Programme in Konfliktländern um und ist daher auch ein wichtiger Geber, mit dem wir uns als Einzelstaat abstimmen müssen. Gleichzeitig bietet die EU ein Forum, um sich mit anderen Mitgliedstaaten abzustimmen.

Krisenprävention und fragile Staaten sind laut Europäischem Entwicklungskonsens Kernbereiche der EU-Entwicklungspolitik. Wo hat die EU komparative Vorteile und welche Aufgaben sollte sie verstärkt wahrnehmen?
Vorteile hat die EU, weil sie zumindest „weniger“ Einzelinteressen hat als die großen Mitgliedstaaten. Sie kann damit in vielen Ländern glaubwürdiger auftreten. Die EU ist auch fast überall vertreten – auch in vielen „vergessenen“ fragilen und Konfliktländern, wo viele Mitgliedstaaten überhaupt nicht mehr präsent sind.

Ein weiterer Vorteil ist, dass die EU viele Instrumente verbinden kann, unter anderem das Entwicklungsinstrument,



Humanitäre Hilfe, Demokratieförderung und das Stabilitätsinstrument. Diese Gemeinschaftsinstrumente könnte die EU auch noch gut mit den Instrumenten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verbinden, um die Wirksamkeit zu steigern. Hier gibt es noch Optimierungsbedarf. Da liegt meine Hoffnung auf dem neuen Auswärtigen Dienst.

Ein ganz spezieller komparativer Vorteil liegt sicherlich bei der Unterstützung regionaler Organisationen beim Aufbau ihrer friedens- und sicherheitspolitischen Architektur. Hier kann die EU aus ihrem eigenen Erfahrungsschatz schöpfen und dies sollte auch weiter verstärkt werden – nicht nur in Afrika. Sei es im Bereich der Frühwarnung oder beim Aufbau ziviler Präventionskapazitäten.

Sehen Sie durch die neuen Strukturen Chancen für eine stärkere Verankerung der Friedensförderung in der Europäischen Entwicklungspolitik?

Mit dem Auswärtigen Dienst verbinde ich tatsächlich die Hoffnung, dass Synergieeffekte stärker genutzt und Maßnahmen besser aufeinander abgestimmt werden. Im Moment scheint aber vieles noch unklar. Davon unabhängig ist meiner Einschätzung nach aber die Verankerung von Konfliktsensibilität und Friedensförderung in der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Hier braucht es vielmehr die konsequente Anwendung bestehender Richtlinien, deren Weiterentwicklung und die Erarbeitung weiterer Handreichungen.

Erscheint aus Ihrer Sicht eine weitere Europäisierung sinnvoll? Oder sollte die EU nationale Strategien stärker koordinieren?

Ich denke, man muss beide Schienen fahren. Eine völlige Vergemeinschaftung entwicklungspolitischer Friedensarbeit scheint mir jedoch weder realistisch noch sinnvoll. Die Mitgliedstaaten werden sich dieses wichtige politische Handlungsfeld nicht aus der Hand nehmen lassen.

Hingegen wäre es in vielen Fällen hilfreich, wenn die strategischen Leitlinien auf Ebene der EU verabschiedet würden. Allerdings braucht es dafür ein verbindliches Referenzdokument, das auf hoher Ebene beschlossen wird und sowohl messbare Umsetzungsschritte als auch eine Form der Arbeits- teilung enthält. Denn ich glaube, wir werden auch im Bereich der Krisenprävention und Friedensförderung um eine stärkere Arbeitsteilung nicht herum kommen. Daher ist es umso bedauerlicher, dass die Erstellung des angekündigten EU-Aktionsplans zu Konflikten, fragilen Staaten und Entwicklung nun schon seit fast zwei Jahren brach liegt.



UN-Friedenstag: Internationale Verantwortung für Frieden und Entwicklung

Frieden und Entwicklung sind die beiden Kernaufgaben der Vereinten Nationen (UN). Sie sind daher in besonderer Weise geeignet, die beiden Themen miteinander zu verbinden. Denn trotz der ernüchternden Bilanz spielen die UN im Bereich der Friedenssicherung weiterhin die zentrale Rolle, so Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des INEF und Mitglied im Sprecherrat der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung: „Wir haben wenige Alternativen. Auch regionale Organisationen – beispielsweise in Sub-Sahara-Afrika – würden die Lücke nicht füllen können. Das Ziel muss daher die Weiterentwicklung und die Reform der UN-Friedenssicherung sein.“

Dabei sei es wichtig, die bekannten Probleme anzugehen. „Nach wie vor gibt es kaum Kriterien, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Frist Interventionen beendet werden. Internationale Präsenz wird jedoch mit fortdauernder Zeit zum Teil des Problems.“ Für nachhaltige Lösungen braucht es langfristige Perspektiven: „Statebuilding liegt an der Schnittstelle von Sicherheit und Entwicklung – orientiert sich aber immer noch zu stark an Blaupausen, die die lokalen Verhältnisse, sozioökonomischen Strukturen und kulturellen Werte vernachlässigen.“

Für zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung sei es eine wichtige Aufgabe, Fragen der Krisenprävention und die Bedeutung der UN in Deutschland prominent auf die politische Agenda zu bringen. Deutschland müsse sein Gewicht im UN-Rahmen nutzen, um seine Erfahrungen einzubringen. Die Weltorganisation dürfe neben NATO und EU nicht zu einem Partner unter vielen degradiert werden, so Debiel. Hier ließe sich vermutlich für die UN am meisten erreichen, wenn Öffentlichkeit und Politik in Deutschland entsprechend mobilisiert werden, um aktive deutsche Beiträge für Frieden und Entwicklung einzufordern. Der UN-Friedenstag am 21. September biete dafür eine gute Gelegenheit.

Versöhnung und Verantwortung

Wo liegen Zusammenhänge – wo Brüche – zwischen deutscher Vergangenheits- und Erinnerungspolitik und aktueller Friedenspolitik? Diese Frage diskutierten Prof. Dr. Jost Döffler, Universität Köln, Marcus Lenzen, Berater beim britischen Entwicklungsministerium (DfID) und Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter in Bosnien-Herzegowina anlässlich des UN-Friedenstages 2009. Es moderierte Dr. Corinna Hauswedell.

Als wichtige historische Lehre für eine glaubwürdige und verantwortungsbewusste Friedenspolitik wurde unter anderem benannt, dass es weder schnelle Lösungen noch Blaupausen gibt. Gleichzeitig gilt: Eine umfassende Friedenspolitik beginnt schon zu Hause. Auch Migrations-, Innen- oder Wirtschaftspolitik gehören zu einem kohärenten und letztlich auch verantwortungsbewussten Ansatz dazu. Im Rahmen der UN-Friedenspolitik müssten langfristige Ansätze im Vordergrund stehen.

FriEnt-Aktivitäten

Unter dem Motto „Frieden stiften weltweit“ begehen Bonner entwicklungs- und friedenspolitische Organisationen alljährlich den Internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen. Sie nehmen den Tag zum Anlass, um Themen der Friedensarbeit in vielfältiger Weise zu vermitteln und zu diskutieren. FriEnt trägt seit drei Jahren gemeinsam mit zwei Mitgliedsorganisationen, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit einer öffentlichen Veranstaltung dazu bei. An den Podiumsdiskussionen nahmen in 2009 und 2010 jeweils über 100 Besucherinnen und Besucher teil.

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass auch Bereiche wie der Bildungssektor im Sinne einer aktiven und wirksamen Friedenspolitik mitgedacht werden müssen. Viele Ansätze würden hier bisher zu kurz greifen. Dies sei allerdings etwas, was man aus den deutschen Erfahrungen hätte lernen können. Echte Schritte zur Versöhnung können immer nur von den Betroffenen selber unternommen werden. Die internationale Gemeinschaft und Nichtregierungsorganisationen können sie auf diesem Weg unterstützen und begleiten.

Millenniumsziele und Frieden

Wie können die friedens- und entwicklungspolitischen Anstrengungen der Vereinten Nationen so gestaltet werden, dass sie sich gegenseitig ergänzen? Wir hatten Dr. Flavia Pansieri, Koordinatorin der „UN Volunteers“ und Prof. em. Dr. Franz Nuscheler, Universität Duisburg-Essen anlässlich des UN-Friedenstages 2010 gebeten, diese und weitere Fragen zu diskutieren. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Beate Wagner, Generalsekretärin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.

In einer Videobotschaft begrüßte zuvor der Ständige Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dr. Peter Wittig, die Besucherinnen und Besucher. Als Vorsitzender der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung unterstrich er, dass Krisenprävention und Friedensförderung unverzichtbare Instrumente zur Erreichung der Millenniumsziele sind.

Franz Nuscheler vermisst in den Millenniumszielen eine politische Dimension und regte an, das achte Ziel auf die Herstellung von Frieden auszudehnen. Die Alternative bestünde in der Formulierung eines neunten Ziels, das die Idee der Stabilisierung von Frieden und staatlichen Strukturen stärker betone.

Flavia Pansieri hob hervor, dass in Post-Konfliktsituationen – neben allen konkreten technisch-politischen Fragen des Institutionenaufbaus – das Verhältnis von Staat und Gesellschaft besondere Beachtung finden müsse. Dieses im Konfliktverlauf meist gestörte – wenn nicht gar zerstörte – Vertrauensverhältnis bedarf einer neuen Grundlage. Eine wichtige Rolle, so Pansieri, komme dabei der Zivilgesellschaft zu. Aber nicht nur der jeweilige Staat benötigt das Vertrauen seiner Bürger, auch für die Vereinten Nationen – und insbesondere für Friedensmissionen – ist das Vertrauensverhältnis zur lokalen Bevölkerung zentral, um einen nachhaltigen Beitrag zum Frieden leisten zu können.





Konfliktressource Land – Heimat oder Produktionsgrundlage?

Von seiner gut bewachten Villa am Rande seines Heimatortes steuert Mr. Wambu seine moderne Rinderzucht-Farm im Nachbardorf. 3000 ha Land hat der einflussreiche Geschäftsmann in Absprache mit dem traditionellen Dorf-Chief von der Dorfgemeinschaft gekauft.

Bisher haben die Dorfbewohner das Land als Weidefläche für die Kühe aus dem Dorf gemeinschaftlich genutzt. Nun, so sagen sie, müssen die Hirten weite Wege gehen, um dem Land von Mr. Wambu und den neuen Teeplantagen der Chinesen auszuweichen. Dafür hätten einige der Jüngeren einen Job auf der neuen Viehfarm bekommen. Und die Dorfgemeinschaft erhalte Rinderdung für die Gemüsegärten. Der Chief hat das mit den Männern des Dorfes so beschlossen. Die Haltung der Frauen hierzu ist nicht bekannt.

Mr. Wambu ist stolz, dieses Projekt ins Leben gerufen zu haben. Er plant, weiter zu expandieren und später vielleicht eine Fleischfabrik zu bauen. Auf jeden Fall will er die Flächen ausdehnen, da er zunehmend Weidegrund für die wachsende Herde braucht.

Land als Konfliktgegenstand

Solche und ähnliche Geschichten wie diese aus Kamerun gibt es weltweit. Der ökonomische Wert stellt dabei lediglich eine Dimension der Bedeutung von Land dar. Von besonderer Wichtigkeit sind die sozio-kulturellen und religiös-spirituellen Dimensionen: So wird in vielen afrikanischen Erzählungen das Land, auf dem man geboren ist, mit der Nabelschnur verglichen – der unveräußerlichen Verbindung zum Leben. Land dient in vielen Mythen als Möglichkeit, Kontakt mit den Ahnen aufzunehmen.

Land ist für die Mehrzahl der Armen in Entwicklungsländern Lebensgrundlage. Wird ihnen Land genommen, ist ihre Existenz bedroht. Auseinandersetzungen um Land sind somit oftmals zentraler Konfliktgegenstand. Wichtig für die Menschen vor Ort ist Klarheit über Zugang zu Land, Landrechte und Nutzungsformen. Aber auch strukturelle und machtpolitische Fragestellungen in Verbindung mit der Ressource Land sind von Bedeutung. Denn wer über Land bestimmt, sichert seinen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Einfluss.

Der Druck auf Land nimmt zu

Diese unterschiedlichen Konfliktlinien werden durch globale Krisen wie Ernährungskrise und Klimawandel verschärft. Die wachsende Weltbevölkerung, Verstädterung, Industrialisierung und der zunehmende Flächenbedarf für Infrastruktur und Wirtschaftszonen auch seitens ausländischer Investoren lassen Land knapp werden.

FriEnt-Aktivitäten

FriEnt zeigt die Verbindungen zwischen verschiedenen Handlungsfeldern der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der ländlichen Entwicklung zu dem Konfliktkontext auf und arbeitet Potentiale für Konfliktbearbeitung und Krisenprävention heraus. Themen der Veranstaltungen waren bisher:

Landkonflikte in Indien (Februar 2009)

Das Phänomen des „landgrabbing“ im Konfliktkontext (Juni 2010)

Konfliktsensible Aspekte von Migration und Ressourcenmanagement (September 2010)

Flüchtlinge und Vertriebene bedürfen neuer Siedlungsräume und damit Land zur mittel- bis langfristigen Lebenssicherung. Gleichzeitig steigt die regionale Mobilität: Menschen verlassen ihre Heimatregionen und machen sich auf die Suche nach besseren Lebensumständen und -räumen. Eine Milliarde Menschen weltweit sind nach UN-Angaben Migranten, 740 Millionen davon Binnenflüchtlinge innerhalb ihres Heimatkontinents. Der Bedarf nach Land ist im ländlichen wie auch im städtischen Umfeld enorm. Die sehr unterschiedlichen Interessen und der Konkurrenzdruck um Flächen nehmen zu, das Konfliktpotential um Land und Wasser verstärkt sich.

Friedenspotentiale nutzen

Ländliche Räume sind somit Räume, in denen häufig Konflikte vorherrschen. Teilweise unterschwellig vorhanden, aber vielfach auch in Gewalt eskalierend. Gleichzeitig sind diese Räume Schlüssel für Entwicklung, Ernährung und Lebensge-

Welche Bedeutung haben traditionelle Rechtssysteme für eine friedliche Lösung der Konflikte um Land?

Traditionelle Autoritäten haben eine tiefe Anbindung in den lokalen und kulturellen Kontext und verfügen über das nötige Wissen, Lösungen für Konflikte um Land zu finden. Ihre Urteile haben unter den Beteiligten eine hohe Akzeptanz. Dadurch wurden in vielen Kontexten die traditionellen Systeme wieder wichtiger. Inzwischen hat auch in der Außenwahrnehmung in den letzten Jahren ein enormer Wandel stattgefunden.

Welche Chancen und welche Risiken sind mit den jeweiligen Rechtssystemen verbunden?

Die lokale Legitimation und kulturelle Verankerung der Institutionen ist für eine nachhaltige Konfliktlösung unverzichtbar. Das traditionelle Recht hat hier große Vorteile gegenüber staatlichen Rechtssystemen, auch wegen seiner Wandelbarkeit und Anpassungsfähigkeit. Ein zentrales Risiko hingegen bildet die Korruptionsanfälligkeit bei staatlichen Gerich-



staltung. Land und Wasser stehen dabei immer im Zentrum. Die Zusammenhänge zwischen der friedlichen Bearbeitung existierender Konflikte um Land und den Perspektiven für eine nachhaltig wirksame Entwicklung liegen auf der Hand.

Ältestenräte als Garanten für die friedliche Lösung von Landkonflikten?

Governance-Strukturen spielen im Bereich des Managements von Land eine zentrale Rolle. Dabei sind es häufig die traditionellen Rechtsstrukturen, die als einzige funktionieren und zur Regelung von Landfragen genutzt werden. Vor allem in abgelegenen Gebieten, an denen die zentralen Machthaber wenig Interesse haben. Aber auch dort können Eigeninteressen und Rechtsunsicherheiten Konflikte schüren. Jan Stockbrügger hat als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) dazu geforscht.



ten – wie auch zunehmend bei traditionellen Autoritäten. Mittlerweile sind beispielsweise in Somaliland einige der lukrativen und mächtigen Positionen gekauft und entbehren jeglicher traditioneller Legitimation. Nachhaltige Konfliktlösungen sind mit diesen Anführern kaum zu erreichen.

Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure?

Es ist nicht leicht, die jeweils „richtigen“ lokalen Institutionen zu identifizieren und herauszufinden, wie diese am besten und nachhaltigsten gestärkt werden können. Traditionelle Institutionen entscheiden auch nicht nach unseren normativen Grundsätzen. Ein geduldiges Kooperieren mit traditionellen Autoritäten, aber auch gleichzeitig mit Frauengruppen und staatlichen Institutionen ist daher besonders wichtig, um langfristige Veränderungen bewirken und neue Optionen befördern zu können. Zivilgesellschaftliche Akteure sind in solchen Situationen unabdingbar.



Kambodscha: Staatlich-zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zur Bearbeitung von Landkonflikten

Kambodscha befindet sich auf einem langen Weg aus der Postkonfliktphase in eine moderne Demokratie. Doch noch sind viele Hürden zu überwinden, nicht zuletzt die Aufarbeitung der Vergangenheit des blutigen Khmer Rouge Systems, die Schaffung besserer Bildungschancen oder der Aufbau von Infrastruktur. Die große Mehrheit der Bevölkerung lebt in Kambodscha von der Landwirtschaft, alternative Einkommensmöglichkeiten gibt es kaum. Zugang zu Land bekommt dadurch existentielle Bedeutung. Unklare Rechtslagen und zunehmende Enteignungen verschärfen die Armut. Landkonflikte stehen in Kambodscha somit ganz oben auf der Tagesordnung.

Vera Köppen, Mitarbeiterin im GIZ-Sektorvorhaben Landmanagement und Jutta Werdes, Kambodscha-Referentin des EED schildern, welche Bedeutung die Landproblematik und die damit verbundenen Konflikte in ihrer Arbeit haben.

Welche Formen von Landkonflikten spielen in Kambodscha eine Rolle?

Vera Köppen: Die kambodschanische Regierung hat die Stärkung des ländlichen Sektors durch Landreformen zu einem Schwerpunkt gemacht und wird darin von der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Registrierung von Land und die Erteilung von Landtiteln. Denn in Kambodscha entstehen Landkonflikte oftmals durch Ansprucherhebungen verschiedener Nutzergruppen auf Grundlage informeller Rechte. Häufig werden dabei indigene Rechte noch gar nicht berücksichtigt, was weiteres Konfliktpotential birgt. Bei der Frage des rechtmäßigen Zugangs zu Land kommt es auch immer wieder zu Unvereinbarkeiten zwischen traditionellen und formellen Rechten. Ferner entstehen Konflikte durch die Vertreibung bestimmter Gruppen durch Investoren. Problematisch sind hier das asymmetrische Kräfteverhältnis

zwischen den Akteuren und damit die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungsprozesse.

Jutta Werdes: Fast alle unsere Partner haben lokal wie national mit Landkonflikten zu tun. Vor allem mit Landnahme, die großflächig durch internationale Firmen oder durch lokale Eliten, Politik und Militär vorgenommen wird, um sich an lukrativer Landfläche zu bereichern. Landkonflikte entstehen jedoch nicht nur in ländlichen Bereichen, wo Bauern für Bergbauprojekte, Gummipflanzungen oder andere Produktionsflächen vertrieben werden, sondern auch im städtischen Bereich. Dort werden Menschen für Baumaßnahmen verdrängt und irgendwo anders neu angesiedelt – oder auch nicht. So sind derzeit fast eine halbe Million Menschen in Kambodscha von Vertreibung betroffen.

Was bedeutet das für die staatliche und zivilgesellschaftliche Arbeit?

Vera Köppen: Staatliche Akteure müssen auf allen Ebenen, auf nationaler wie auch auf Distrikt- und kommunaler Ebene einwirken. Wichtig ist dabei, Maßnahmen gemäß dem Do no harm Ansatz zu planen und ihre nichtintendierten Folgen abzuschätzen. Dies gilt vor allem auch in Hinblick auf Konflikte, die im Hintergrund liegen und erstmal nicht sichtbar sind. Insgesamt setzen für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit die Regierungsverhandlungen den Rahmen des Machbaren. In Kambodscha hat sich die Arbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit lange auf die systematische Registrierung in den ländlichen Gebieten konzentriert. Durch die Unterstützung der deutschen EZ bei der Entwicklung und Implementierung neuer Gesetze wird aber natürlich auch die Situation in den städtischen Gebieten beeinflusst, da diese rechtlichen Rahmen nicht nur für den ländlichen Raum gültig sind. Gebiete in denen Landkonflikte vorherrschen werden in Kambodscha allerdings erst einmal von der syste-

matischen Registrierung ausgenommen. Ein Dilemma entsteht hier, da die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht an der kambodschanischen Regierung vorbei agieren kann. Die Herausforderung ist, in dem vereinbarten Rahmen zu handeln und innerhalb dessen sowie in Verhandlungen auf Veränderungen hinzuwirken.

Jutta Werdes: Eine zentrale Herausforderung ist die fehlende Rechtsstaatlichkeit. Es gibt zwar Gesetze, doch wird deren Umsetzung nicht befolgt. Basisorganisationen wehren sich gegen die aus ihrer Sicht unrechtmäßige Landnahme. Ihre

Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der friedlichen Lösung von Landkonflikten?

Vera Köppen: Wichtig ist, die verschiedenen Rollen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure darzustellen und dann komplementäre Handlungsweisen zu entwickeln. Für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit ist hier die Mediatorrolle besonders wichtig. In Bereichen, die kein Bestandteil der Regierungsverhandlungen waren, kommt es darauf an, dass die Zivilgesellschaft diese anspricht und immer wieder hochspielt, damit solche Punkte politisch angegangen



Mitglieder werden inhaftiert und die Gruppen kriminalisiert. Die Einschreitungen der kambodschanischen Regierungskräfte sind massiv. Für die Basisorganisationen übernehmen viele zivilgesellschaftliche Gruppen eine Anwaltschaft und unterstützen sie bei der Durchsetzung ihrer Anliegen. Andere suchen den Dialog mit der Regierung. Ein neues, restriktives NRO-Gesetz schränkt zivilgesellschaftliches Engagement sehr stark ein. Auch hier haben Netzwerke von NRO und Basisorganisationen protestiert und versucht, über Verhandlungen mit der Regierung, Änderungen des Gesetzes zu bewirken. Neben dem Mangel an Zugang zu Recht, ist die Aufarbeitung der Vergangenheit ein Problem: die meisten Bauern haben keine Landtitel nach der Landzuteilung zum Ende des Pol Pot Regimes erhalten. Sie können gegen die mächtige Koalition von Politik, Militär und internationalem Geld nicht nachweisen, dass sie rechtmäßige Landbesitzer sind. Auch seitens der Investoren wird keine soziale Verantwortung übernommen.

werden können. Eine zentrale Herausforderung ist, die kambodschanische Regierung an ihre Selbstverpflichtungen in Bezug auf internationale Verbindlichkeiten zu erinnern und deren Umsetzung einzufordern.

Jutta Werdes: Es ist von zentraler Bedeutung, dass die kambodschanischen Akteure zusammenarbeiten. Hierbei kommt es darauf an, den Dialog nicht abreißen zu lassen und Möglichkeiten der Dokumentation zu schaffen. Die Zivilgesellschaft muss das Thema in der Öffentlichkeit halten, damit die Regierung weiter unter Druck gerät und zu Handlungen gezwungen wird. Internationale Vernetzungsarbeit und Anwaltschaften internationaler Akteure gegenüber ihren eigenen Regierungen bringt die Aufmerksamkeit auf die internationale Ebene. Gleichzeitig muss die direkte Auseinandersetzung mit dem Privatsektor fortgesetzt werden.



Indonesien: Schutz von Land- und Menschenrechten

Im ressourcenreichen Indonesien ist es trotz umfassender Demokratisierungsprozesse, der Beendigung gewalttätiger Konflikte und eines guten Wirtschaftswachstums bisher nicht gelungen, massive soziale Ungerechtigkeiten zu reduzieren. Ein Großteil der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Zusätzlich sind in ländlichen Regionen viele Menschen immer stärker von Landnahmen für Palmölplantagen betroffen, die durch die steigende Nachfrage nach Agrotreibstoffen begünstigt werden. In diesem Spannungsfeld globaler Veränderungen und lokaler Interessengegensätze kommt es zu einer Verschärfung von Konflikten um Ressourcen, Landnutzung und Besitzrechte. Diese gehen auch mit einer wachsenden Zahl von Menschenrechtsverletzungen einher. Im Interview berichtet Henry Schuermann, Indonesien-Referent von Misereor, über die Bedeutung von Land als Konfliktressource und die Relevanz von Menschenrechten für eine friedliche Entwicklung.

Verschärft sich die Situation um Land in Indonesien?

Ja, ganz eindeutig! Fragen um natürliche Ressourcen, Landnutzung und Besitzrechte begegnen uns in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern vor Ort immer häufiger. Nicht nur in den Flächenprovinzen und ländlichen Gebieten, sondern auch in den Städten werden Menschen durch die Landnahme durch den Staat oder Konzerne verdrängt. Dies wird am Beispiel von Palmölplantagen in Papua besonders deutlich. Verschärft wird die Situation durch fehlende Kapazitäten bei den zuständigen Behörden, Korruption und interessengeleitete Klientelpolitik.

Was muss bei der Konfliktbearbeitung aus menschenrechtlicher Sicht besonders beachtet werden?

Bergbau oder großflächige Agrarnutzungsvorhaben bringen nur einer kleinen Minderheit der lokalen Bevölkerung nachhaltigen Wohlstand. Die Mehrheit hingegen erlebt einen Raubbau an Ressourcen, beschleunigte Binnenmigration und in der Folge Job-Konkurrenz und Vertreibung. Nachhaltige Friedens- und

Entwicklungschancen werden vertan, wenn Investitionen keine Arbeitsplätze schaffen. Besonders indigene Gruppen verlieren ihr Land sowohl als Ernährungs- und Einnahmequelle wie auch als Kulturraum. Infrastrukturförderung verstärkt soziale Spannungen, wenn Zuwanderer mehr davon profitieren als die einheimische lokale Bevölkerung. Bei der Konfliktbearbeitung und dem Ausgleich von Interessen auf lokaler Ebene spielen kulturelle Werte eine wichtige Rolle.

Was sind die zentralen Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure?

Was bei Fragen um Land besonders zum Tragen kommt, ist die vorherrschende Rechtsunsicherheit und Einschüchterung seitens der Sicherheitskräfte. Notwendig sind daher die Kenntnis der lokalen Rahmenbedingungen und ein gewachsenes Vertrauensverhältnis mit den Partnern vor Ort. Nur so kann auch über die Risikopotentiale in so sensiblen Feldern wie sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechte offen gesprochen werden. Leider kommt der indonesische Staat seiner Schutzfunktion häufig nicht hinreichend nach und es fehlt der politische Wille zur Umsetzung geltenden Rechts. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen daher staatliche Verantwortlichkeit einfordern.

FriEnt-Aktivitäten

Seit 2009 veranstaltet FriEnt einen Rundtisch Indonesien. Themen waren bisher:

Friedensentwicklung in Papua (April 2009)

Reformprozesse in Papua - Zwischen Gewalt und Dialog (September 2009)

Transformationsprozesse in Aceh – Aktuelle Entwicklungen und ihre Bedeutung für Frieden und Entwicklung (April 2010)

Potentiale des Menschenrechtsdialogs EU-Indonesien für Frieden und Entwicklung (Oktober 2010)



Südafrika: Landrückgabe zwischen Gerechtigkeit und Entwicklung

FriEnt-Aktivitäten

Ein Dreh- und Angelpunkt des Apartheidsystems in Südafrika war die rassistisch geprägte Landverteilung. Der schwarzen Mehrheit standen nur 13 Prozent des Landes zur Verfügung. Nicht genug zum Leben, so Nahla Valji vom „Centre for the Study of Violence and Reconciliation“ (CSVR) und „UN Women“ bei einer internationalen FriEnt-Konferenz im Januar 2010. Land hätte daher auch einen zentralen Platz im südafrikanischen Versöhnungs- und Transformationsprozess einnehmen und in einen umfassenden Ansatz von Wiedergutmachung, Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit eingebettet werden müssen, so Valji im Interview.

Wie wurde die Landfrage im Wahrheits- und Versöhnungsprozess in Südafrika behandelt?

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission hat sich mit individueller Gewaltanwendung befasst und hatte die strukturellen Ungerechtigkeiten nicht im Blick. Trotzdem blieb die Landfrage nicht unbehandelt: Die Verfassung von 1996 verankert das Recht auf Landbesitz. Landrückgabe und –reform wurden ausdrücklich in den Kontext von Wiedergutmachung und Verteilungsgerechtigkeit gestellt. Es gab Zeremonien zur Landrückgabe, die das Unrecht anerkennen und ein Zeichen der Versöhnung sein sollten. Die Situation der Benachteiligten des Apartheidsystems hat sich damit aber in keiner Weise verbessert! In vielen Fällen wurde das zurückgegebene Land verkauft – der Gewinn jedoch nicht nachhaltig investiert.

Wie müssten Landumverteilung und -rückgabe in die weitere Entwicklungsagenda eingebettet sein?

Landreform darf nicht nur zur Gewährung von Grundrechten oder zur Wiedergutmachung vergangenen Unrechts umgesetzt werden, sondern muss auch Basis für eine nachhaltige ländliche Entwicklung sein. Dabei müssen Kapazitätsentwicklung, Infrastrukturmaßnahmen und Gemeinwesenentwicklung Teil einer ländlichen Entwicklung sein, die Wiedergutmachung

Bei der internationalen Konferenz „New Horizons. Linking Development Cooperation and Transitional Justice for Sustainable Peace“ am 27. und 28. Januar 2010 hat FriEnt gemeinsam mit seinen Mitgliedern Schnittstellen zwischen Transitional Justice, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung identifiziert. Im Rahmen dieser Konferenz fand der Workshop „Towards Deeper-rooted Justice: Addressing Land Issues in Post-Conflict Societies“ statt.

und Entwicklung verbindet und langfristig darauf abzielt, ungerechte Strukturen abzubauen.

Gerade die Situation der besonders benachteiligten Frauen sollte durch diese Prozesse verbessert werden...

...aber Frauen sind nun die eigentlichen Verlierer. Geschlechterungleichheit wird in Gewalt- und Postkonfliktsituationen verschärft. Die Landrückgabe muss mit geschlechtergerechten Landrechtsreformen verbunden werden, die den Frauen den Zugang zu Land sichern. Es ist daher wichtig, dass auch die unterstützenden Maßnahmen einen expliziten Genderfokus annehmen, wenn wir Benachteiligung, Ungleichheit und vergangenes Unrecht ausgleichen wollen.

Was sind Ihre Empfehlungen an Organisationen der entwicklungspolitischen Friedensarbeit für deren Arbeit an der Schnittstelle von Land, Transitional Justice und Entwicklungszusammenarbeit?

Landrückgabe kann nur effektiv sein, wenn sie in eine umfassende Entwicklungsarbeit eingebunden ist. Gleichzeitig muss sie Genderfragen berücksichtigen, sonst riskieren wir, einen großen Teil der Bevölkerung und wesentliche Aspekte zu vernachlässigen. In so einem Kontext haben sehr unterschiedliche Akteure spezifische Rollen, die sie übernehmen können. Das ist die Chance für die FriEnt-Mitglieder.



„Es gab eine große Aufbruchstimmung“

Seit nunmehr zehn Jahren fördert FriEnt den vertrauensvollen Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft, regt Kooperationen an und unterstützt den Kompetenzaufbau bei seinen Mitgliedern. Im Interview erinnern sich mit Adolf Klope-Lesch, damals für Friedensentwicklung und Krisenprävention zuständiger Referatsleiter im BMZ und Jürgen Nikolai, ehemaliger Abteilungsleiter Nahost und Afrika bei Misereor, zwei Gründungsväter an die Anfänge der Arbeitsgemeinschaft.

Wie ist die Idee zu FriEnt entstanden?

Adolf Klope-Lesch: Das Thema Krisenprävention und Friedensentwicklung war Ende der 90er Jahre ganz jung für das Ministerium – und wir haben klein begonnen. Wichtige Grundlage war eine 1997 durchgeführte Querschnittsevaluierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in einigen Konfliktländern wie Sri Lanka, Ruanda und El Salvador. In meinem Referat gab es für diese neue Aufgabe weniger als eine halbe Stelle. Andere Organisationen haben ebenfalls mit verhältnismäßig wenigen Kapazitäten gearbeitet. Gleichzeitig gab es eine große Aufbruchstimmung. Man wollte gemeinsam etwas verändern. Die Thematik war stark durch die Zivilgesellschaft geprägt und es gab viele Initiativen. Ich dachte mir: „Wenn wir Hand in Hand gehen, kann mehr daraus werden“.

Jürgen Nikolai: Schon damals fanden regelmäßig Konsultationen zwischen Katholischer und Evangelischer Zentralstelle für Entwicklungshilfe und dem BMZ statt. Hier brachte Herr Klope-Lesch die Frage auf: „Wie halten wir es eigentlich mit dem Frieden? Und wie können wir gemeinsam dazu arbeiten?“ Die Kriege in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien hatten uns sehr deutlich gezeigt, dass wir Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr so weiterführen können wie bisher, dass Frieden einen höheren Stellenwert besitzen muss. Strukturen, die die Zivilgesellschaft miteinander vernetzen,

gab es natürlich. Neu war allerdings die Idee, sich mit BMZ und GTZ zusammenzutun.

Welche Erwartungen hatten Sie an die Arbeitsgemeinschaft?

Jürgen Nikolai: Unser Vorbild war „ES 31“, eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus BMZ, Durchführungsorganisationen, Kirchen und NRO zum Thema Armutsbekämpfung. Die direkte Begegnung sollte Veränderungen anstoßen. Uns war es wichtig, partnerschaftlich – ohne Dominanz des BMZ – zusammenzuarbeiten. Und uns lag die Frage nach der eigenen Verantwortung für Konflikte am Herzen. FriEnt bot die Chance, nah dran zu sein und uns als Nichtregierungsorganisation beim BMZ mehr Gehör zu verschaffen. Außerdem gab es eine große Neugier. Wir wollten den Sachverstand der anderen FriEnt-Mitglieder nutzen, uns international vernetzen und mit weiteren Ministerien ins Gespräch kommen.

Adolf Klope-Lesch: Die Zusammenarbeit mit konkreten Personen aus unterschiedlichen Organisationen war tatsächlich zentral. Mir ging es darum, die Thematik stärker im System zu verankern und die Bedeutung entwicklungspolitischer Friedensarbeit sichtbar zu machen. Dafür brauchten wir eine „kritische Masse“, ein Team, das mit ausreichenden Ressourcen und entsprechendem Fachwissen in die Institutionen hineinwirkt. So konnten auch Doppelungen vermieden werden. Noch wichtiger war, einen Prozess der gegenseitigen Offenheit und Anerkennung zu gestalten. Damals gab es eine Grundskepsis der „Friedensszene“ gegenüber der „Entwicklungsszene“, die Stiftungen wiederum standen dem neu gegründeten Zivilen Friedensdienst zunächst eher fragend gegenüber. FriEnt sollte dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis zu stärken, die jeweiligen Kompetenzen wechselseitig in Wert zu setzen und – wo sinnvoll – zu bündeln und die Vielfalt entwicklungspolitischer Friedensarbeit zu verdeutlichen.



*Jürgen Nikolai,
ehemaliger Abteilungs-
leiter Nahost und Afrika
bei Misereor*



*Adolf Kloke-Lesch,
Vorstandsmitglied
der GIZ*

Was waren zu Beginn „Stolpersteine“?

Adolf Kloke-Lesch: Wirklich große Stolpersteine gab es nicht. Allerdings hat man sich im Ministerium gefragt, was mit FriEnt eigentlich erreicht werden soll. Der politische Wille war hier wichtig. Bei der Zivilgesellschaft war die Sorge um die Dominanz des BMZ und die Angst vor Koordination zu spüren. Die Arbeitsgemeinschaft konnte nur entstehen, weil wir untereinander Vertrauen aufgebaut und dann eine win-win Situation geschaffen haben: Ein selbstkoordiniertes Team mit flachen Hierarchien und Teammitgliedern, die sowohl für FriEnt als auch für ihre eigene Organisation arbeiten. Für mich war die Arbeitsgemeinschaft – und der Lenkungsausschuss – ein ganz wichtiger persönlicher Gesprächsraum, in dem Dinge diskutiert und angeschoben werden konnten, die nur gemeinsam möglich sind. Darin besteht meines Erachtens der Mehrwert von FriEnt.

Jürgen Nikolai: Für die Friedensthematik an sich musste zu Beginn durchaus Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die Idee zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft stieß bei mir im Haus aber auf viel Offenheit. Allen Beteiligten war bewusst, dass es auch Konkurrenz gibt und die Empfindsamkeiten aller respektiert werden müssen. Dieser Respekt hat nicht zuletzt dazu geführt, dass aus dem FriEnt-Team kein „BMZ-Team“ wurde. Mit Meinungsverschiedenheiten unter den Gründungsmitgliedern von FriEnt sind wir immer sehr konstruktiv umgegangen. Es gab eine Art Teamgeist und dieser hat sicherlich zum Erfolg beigetragen.

FriEnt Highlights im Stenogramm

2001: Gründung von FriEnt durch BMZ, GTZ, FES, EED, KZE/ Misereor, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/INEF | Konstituierung des Lenkungsausschusses | Erste Entsendung von Mitarbeitern zur Bildung des FriEnt-Teams

2002: Erste Schwerpunkte werden mit den Themen „Gewalt-ökonomien“, „Informelle Netzwerke“ und „Religion und Konflikte“ gesetzt | FriEnt-Impulse und Homepage werden etabliert | Erste öffentliche Veranstaltung diskutiert neue Wege zu gemeinsamen Strategien in der Friedensförderung

2003: Erster methodischer Leitfaden erscheint zur Netzwerk- und Akteursanalyse | Friedrich-Naumann-Stiftung wird Mitglied | Workshop fragt: Was macht erfolgreiche strategische Partnerschaften in der Friedensförderung aus? | Rundtischprozesse zu Nepal und Nahost werden initiiert

2004: FriEnt startet mit neuer Struktur in Phase II | Externe Evaluierung bescheinigt Relevanz und Wirkungspotentiale | Transitional Justice und Kolumbien werden in das Portfolio aufgenommen

2005: Erstes von bislang zehn Briefings beschäftigt sich mit Entwicklungszusammenarbeit, Religion(en) und Konflikten | Fachgespräch und Briefing zu Methoden friedens- und konfliktensibler Planung und Evaluierung

2006: Friedensentwicklung und Sicherheit sowie Blockadekräfte werden weitere Schwerpunktthemen | Konfliktregion Sudan/Tschad aufgenommen | Externe Evaluierung empfiehlt Internationalisierung

2007: Heinrich-Böll-Stiftung wird Mitglied | FriEnt bereitet zwei Workshops und vier Studien zu Frieden und Gerechtigkeit für eine internationale Konferenz in Nürnberg vor | Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird die internationale Vernetzung intensiviert | FriEnt trägt zum ersten Mal mit einer Podiumsdiskussion zu den weltweiten Feierlichkeiten anlässlich des UN-Friedenstages bei | Konfliktanalyse Tschad erstellt

2008: Rahmenplan für Phase III sieht stärkere politische Rolle | FriEnt beschäftigt sich mit der EU, Landkonflikten und der Region Südkaukasus | Arbeitsgespräch zu Herausforderungen für konfliktensensible Entwicklungszusammenarbeit im Zuge der Pariser Erklärung | Kenia nach der Eskalation | Umfeld- und Konfliktanalyse Libanon erscheint | FriEnt unterstützt Austauschtreffen von Friedensfachkräften in der Region Große Seen

2009: International besetzter Workshop diskutiert Chancen und Risiken von Wahlen in Afrika | Neue Publikation „Berichte 2007-2008“ setzt neue Akzente in der Kommunikation | Rundtisch Indonesien etabliert | Problemfelder privater Sicherheitsfirmen in der Diskussion | Paradigmen der Friedensförderung werden kritisch hinterfragt

2010: Zweitägige internationale Konferenz zu Transitional Justice und Entwicklung | Podcast und Interviews zur Konferenz | Gesprächsrunden in Burundi, Kenia und Tansania über Wahlprozesse | 50. Impuls-Artikel veröffentlicht

2011: ZIF wird Mitglied | Name wird vereinheitlicht | Neugestaltung des Logos und der Kommunikationsinstrumente | Essay-Serie zu Herausforderungen für Frieden und Entwicklung startet | FriEnt feiert zehnjähriges Jubiläum



Perspektiven entwicklungspolitischer Friedensarbeit

Keine Frage: Einiges hat sich getan, seit vor etwas mehr als zehn Jahren die Prävention gewaltsamer Konflikte und entwicklungspolitische Friedensarbeit mehr Aufmerksamkeit erhielt. Den Gründervätern von FriEnt – und vielen anderen – ist es gelungen, Strukturen aufzubauen, Arbeitsansätze weiterzuentwickeln und die Thematik in der Entwicklungspolitik zu verankern.

Der diesjährige Weltentwicklungsbericht „Conflict, Security, and Development“ zeugt von dieser Entwicklung. Zentrale Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft werden hier gebündelt. Er zeugt gleichzeitig von einem Trend, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat: die Annäherung von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Schon jetzt ist absehbar, dass der Bericht mit seiner griffigen Forderung nach mehr „citizen’s security, justice and jobs“ der neue Star in der Debatte um Sicherheit und Entwicklung werden wird.

Diskurs und Praxis zurückgewinnen

Arbeitet man an der Schnittstelle von Frieden und Entwicklung, offenbaren sich jedoch auch Schwachstellen des Berichts – und der in den letzten Jahren geführten Diskussionen über die Handlungsoptionen entwicklungspolitischer Akteure. Denn trotz eines gewachsenen Bewusstseins über die Komplexität von Krisen- und Nachkriegssituationen, trotz des in der Entwicklungspolitik vertretenen weiten Verständnisses von „menschlicher Sicherheit“, und trotz der Arbeit an „strukturellen Ursachen“ von Gewaltkonflikten hat sich die Debatte über die Handlungsfelder entwicklungspolitischer Friedensarbeit in den letzten Jahren verengt – und nach außen verlagert.

Was ist mit dieser Verengung und Verlagerung gemeint? Zugespißt formuliert, spricht ein Großteil der entwicklungs-

politischen Akteure unter sich über Millenniumsentwicklungsziele und die Paris Agenda, aber kaum über Frieden und Do no harm. Der weitaus kleinere Teil hingegen spricht mit Außen- und Sicherheitspolitikern über Fragilität, Governance, Sicherheits- und Justizsektorreform, selten jedoch mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren über den Zusammenhang von Gesundheit, Bildung oder ländlicher Entwicklung und Friedensförderung.

Parallele Diskurse und Abgrenzungen zwischen Sektoren und Politikbereichen sind keine Seltenheit. Ohne Zweifel ist dies nicht zuletzt eine Frage begrenzter Kapazitäten, es ist aber auch eine Frage von Prioritäten. Die Diskussionen über Afghanistan, „whole-of-government“ Strategien und erweiterte Sicherheit haben so viele Ressourcen auf staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite absorbiert, dass kaum Raum für das Nachdenken über eine Konkretisierung der eher vage formulierten „strukturellen Prävention“ und sektorspezifisches Mainstreaming blieb. Geht man jedoch davon aus, dass ungleiche Zugänge zu wirtschaftlichen Ressourcen, politischer Partizipation oder Bildung häufig Ursache von Gewaltkonflikten sind, so besitzen klassische entwicklungspolitische Sektoren bei entsprechend friedens- und konfliktensensibler Planung viele Potentiale für präventive oder friedensfördernde Arbeit.

Akteure der entwicklungspolitischen Friedensarbeit müssen in Zukunft Diskurs und Praxis in beide Richtungen erweitern und klären: einerseits gilt es, den internen Dialog wieder aufzunehmen und gemeinsam mit den Kollegen die Potentiale zu konkreten Handlungsansätzen auszubauen, andererseits müssen sie den politikfeldübergreifenden Dialog zu Frieden und Entwicklung weiterführen. Dabei wird entscheidend sein, ob sich dieser externe Dialog auf „citizen’s security, justice and jobs“ konzentriert und entwicklungspolitische



*Autorin:
Natascha Zupan
ist Leiterin
des FriEnt-Teams.*

Friedensarbeit in Zukunft eng mit Justiz- und Sicherheitssektorreform sowie ökonomischen Quick-Impact Maßnahmen assoziiert wird, oder ob es gelingt, ein umfassenderes Verständnis von Gerechtigkeit und Sicherheit einzubringen.

förderung fußen nicht zuletzt auf unseren eigenen Erfahrungen friedlicher Transformation nach dem Zweiten Weltkrieg.

Doch obwohl vor Blaupausen gewarnt und kontextspezifische Strategieentwicklung als zentral erachtet wird, greift ein Großteil externer Akteure unter häufig selbst auferlegtem Zeitdruck auf etablierte Ansätze zurück. Hierzu gehören beispielsweise Wahrheitskommissionen und Strafgerichte.

Aber welche Vorstellungen von Gerechtigkeit und Wahrheitsfindung haben Menschen in so unterschiedlichen Kontexten wie Kambodscha, der Demokratischen Republik Kongo oder Kolumbien? Und welche Schritte müssen zivilgesellschaftliche Akteure gehen, um in einer tief gespaltenen, hierarchisch geprägten Gesellschaften zum Brückenbauer zu werden? Führt Dialog tatsächlich zu Versöhnung, oder vertieft er nicht mitunter die Gräben zwischen Bevölkerungsteilen, weil Ungleichheiten und Marginalisierung nach wie vor Bestand haben? Und wie glaubwürdig können wir in Afghanistan,



Kritisch und innovativ bleiben

Entwicklungspolitische Friedensarbeit hat seit Mitte der 90er Jahre auf zwei Aspekte abgehoben. Neben der „strukturellen Prävention“ ging und geht es um die Förderung und Stärkung von Institutionen und Mechanismen, die eine gewaltfreie Austragung von Konflikten ermöglichen. Demokratieförderung, Menschenrechtsschutz und Versöhnungsarbeit haben heute ihren festen Platz in der Entwicklungszusammenarbeit.

Einen ebenso festen, aber weniger offensichtlichen Platz haben die mit diesen Ansätzen verbundenen „Theorien des Wandels“: Versöhnung durch Dialog, ein liberales Demokratiemodell, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft als Brückenbauer oder Motor von Reformprozessen, Allparteilichkeit und Vermittlung - all diese Eckpfeiler nachhaltiger Friedens-

Bosnien oder Palästina für Frieden und die Universalität von Menschenrechten eintreten? Dies ist kein Plädoyer für die Relativierung von Werten oder den Rückzug aus politisch sensiblen Handlungsbereichen. Im Gegenteil. Schließlich ist Friedensentwicklung auf das Engste mit Werten verknüpft – und läuft je nach Kontext umso schneller Gefahr, entwertet zu werden.

Wenn entwicklungspolitische Friedensarbeit auch in Zukunft glaubwürdig und nachhaltig Veränderungsprozesse begleiten und unterstützen möchte, muss sie sich der Herausforderung stellen, ihre Paradigmen zu hinterfragen, inne zu halten, Bilanz zu ziehen und neue Wege bei der Strategieentwicklung zu gehen.



Hürden überwinden

Ein bürgernahe Staat, eine aktive Zivilgesellschaft und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden sind notwendig, um Frieden und Entwicklung in Konfliktregionen zu fördern. Tatsächlich sind jedoch die langsamen Fortschritte auf dem Weg zu Frieden und nachhaltiger Entwicklung auch auf mangelnde Zusammenarbeit und widersprüchliche Ansätze der verschiedenen Akteure zurückzuführen. Doch wie kann ein inhaltliches und strategisches Zusammenwirken gestaltet werden, das die Anliegen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure gleichermaßen berücksichtigt?

Nach wie vor sind viele Hürden auf diesem Weg zu überwinden. Dazu gehören insbesondere verschiedene Auffassungen vom Konzept des „statebuilding“, unterschiedliche Verständnisse über die Rolle der Zivilgesellschaft und grundlegende Unstimmigkeiten über Begriffe und Ziele.

Konzepte des „statebuilding“

Die Förderung von guter Regierungsführung, Entwicklung und Frieden wird zuweilen als „statebuilding“ beschrieben. Hierbei liegt der Fokus der internationalen Gemeinschaft weitestgehend auf der Stärkung staatlicher Strukturen und Kapazitäten. Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume wird dabei noch zu häufig vernachlässigt. Staatliche Strukturen und Kapazitäten sind wichtig. Jedoch reicht dieser „statebuilding“ Ansatz nicht aus, um gute Regierungsführung, Entwicklung und Frieden nachhaltig zu fördern. Dafür braucht es auch eine bürgernahe Regierung und ein Mindestmaß an Vertrauen zwischen Staat und Gesellschaft.

Im Idealfall erfüllt der Staat die Basisdienste für seine Bürger. Aber ohne die Einforderung von Transparenz und Rechenschaft seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen haben

Korruption und ineffektive Arbeit in staatlichen Institutionen freie Hand. Viele Versuche des Staatsaufbaus sind gescheitert, weil diese konstruktive Rolle der Zivilgesellschaft grundlegend missverstanden und unterbewertet wurde.

Zivilgesellschaft: Vom Störenfried zum Durchführungsgehilfen?

Zivilgesellschaftliche Organisationen stärken den demokratischen Dialog und das Vertrauen zwischen staatlichen Instanzen und der Bevölkerung. Sie arbeiten subsidiär zum Staat bei der Erbringung von Basisdiensten und erinnern ihn gleichzeitig an seine Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung. Eine aktive Zivilgesellschaft auf nationaler und lokaler Ebene ist daher ein Indikator für einen funktionierenden und demokratischen Staat, so die OECD in ihrer Leitlinie zu „Statebuilding“. Dies ist ein begrüßenswerter Unterschied zur Politik einiger Regierungen in der Vergangenheit, die eher auf die „Pazifizierung“ von zivilgesellschaftlichen Organisationen abzielte.

In letzter Zeit fallen in der internationalen Debatte jedoch auch zunehmend Begriffe wie „force multipliers“ oder „project implementers“, wenn es um Zivilgesellschaft geht. Zivilgesellschaftliche Organisationen wehren sich gegen diese Tendenz der Vereinnahmung. Sie sehen ihr Mandat gefährdet, für alle Seiten eines Konfliktes Dienste bereitzustellen, die Regierungspolitik zu kritisieren oder Korruptionsvorgänge zu überwachen.

Die Konzeptionen von „Pazifizierung“ und „force multiplier“ schaden beide der Zivilgesellschaft und sind nicht sachgerecht. Denn Zivilgesellschaft kann am ehesten zu gesellschaftlicher Stabilität und friedlicher Entwicklung beitragen, wenn sie ausreichenden und adäquaten Raum hat, um unabhängig und



Autorin:

Dr. Lisa Schirch ist Gründerin von "3P Human Security: Partners for Peacebuilding Policy" (ehemals "3D Security Initiative") und Professorin für Friedensförderung am Center for Justice & Peacebuilding der Eastern Mennonite University.

Denn ein Staat, der sich abschottet und die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung missachtet wird unweigerlich unter öffentlichen Druck geraten. Stabilität darf dann nicht in Konkurrenz zur menschlichen Sicherheit der lokalen Bevölkerung treten. Zivilgesellschaft und Staat sind gefordert, komplementäre Vorgehensweisen zu entwickeln, um demokratischen Wandel und Entwicklung konstruktiv zu begleiten.

Geteilte Verständnisse und inklusive Planung gefragt

Verschiedene Schritte sind für die Entwicklung wirklich umfassender Ansätze notwendig:

1. Die Spannungen zwischen den Friedens- und Sicherheitsdefinitionen von Staat und Zivilgesellschaft müssen erkannt werden. Dafür ist auch eine transparente und ehrliche Diskussion über Werte und Interessen erforderlich, die staatlicher und zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit zu Grunde liegen.



eigeninitiativ zu handeln. Auf dieser Grundlage lassen sich unterschiedliche Zugänge und Kompetenzen komplementär zusammenführen und Synergien bilden. Dem sollte sich dann aber die Zivilgesellschaft ihrerseits auch nicht verschließen.

Stabilität für wen und für welchen Zweck?

Eine dritte Herausforderung für die effektive Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft liegt in den häufig gegensätzlichen Begriffsverständnissen. In den frühen Tagen des Aufstands in Ägypten beispielsweise, forderten westliche Regierungen „Stabilität“, obwohl ägyptische Bürger eindeutig nach „Veränderung“ riefen. Aber nicht nur die Erfahrungen aus Nordafrika zeigen: die Frage nach „Stabilität für wen und für welchen Zweck“ muss immer wieder neu gestellt werden. Die Debatte um Stabilität braucht dabei die demokratische Rückbindung.

2. Von besonderer Bedeutung ist es, die Perspektiven lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen stärker in die Strategieentwicklung einfließen zu lassen, damit die Ansätze an den Bedarfen vor Ort ausgerichtet sind. Viele Vertreter der Zivilgesellschaft beklagen, dass ihrer Analyse der Konflikte und ihren Friedensinitiativen zu wenig Beachtung geschenkt wird.
3. Zudem muss der Entwicklung gemeinsamer Verständnisse von Konfliktursachen und von Konflikt verlängernden Faktoren besondere Aufmerksamkeit zukommen. Nur dies ermöglicht die gemeinsame strategische Planung.

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung ist in ihrer staatlich-zivilgesellschaftlichen Zusammensetzung ein idealer Lernort, um Impulse für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zu geben. Ich wünsche dafür weiterhin viel Erfolg.



Wissen austauschen – Impulse geben

Das wichtigste Kriterium für die Kommunikationsarbeit von FriEnt nach innen und außen ist der Bezug zur Praxis. Dabei bleibt es eine stetige Herausforderung, auch von wissenschaftlichen oder internationalen Diskursen die Praxisrelevanz aufzuzeigen, Informationen bedarfsorientiert zu bündeln und den Austausch von Erfahrungen zu ermöglichen.

Der monatliche Newsletter „FriEnt-Impulse“ informierte in den Jahren 2009 und 2010 in jeweils 10 Ausgaben über die aktuellen Entwicklungen bei FriEnt und seinen Mitgliedsorganisationen. Im bewährten Mix aus Länder- und Themenschwerpunkten beschäftigten sich Experten aus Wissenschaft und Praxis in den Impuls-Artikeln Nr. 40 bis 59 mit aktuellen Herausforderungen und stellten Handlungsempfehlungen zusammen. Im Fokus standen dabei Sudan, Äthiopien, Georgien, Burundi, Nigeria, Nepal und Kolumbien genauso wie Klimawandel, Landgrabbing, Wahlen, Europäische Friedenspolitik, organisierte Gewalt, Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die fehlende Konfliktorientierung der Millenniums-Entwicklungsziele.

In den zurückliegenden Jahren wurden neue Wege für die Dokumentation von größeren Veranstaltungen bestritten. So stand unmittelbar nach der internationalen Konferenz zu Transitional Justice und Entwicklung ein Podcast mit Interviews und einer Zusammenfassung der zentralen Thesen und Ergebnisse zur Verfügung.

Kontinuierlich steigern sich die Besucherzahlen der Homepage. Sie bleibt damit ein wichtiges und zentrales Informationsinstrument. Regelmäßige Aktualisierungen mit den relevantesten Studien, Analysen und Meinungen stärken dabei den Portalcharakter der einzelnen Themen- und Länderseiten. Im Jubiläumsjahr wollen wir mit einem überarbeiteten Internetauftritt noch mehr Menschen erreichen, noch

besser informieren und durch die übersichtlichere Gestaltung noch stärker zur Nutzung unseres Angebots motivieren. Denn insgesamt soll das zehnjährige Jubiläum auch dazu dienen, die Themen, Stärken und Beiträge entwicklungspolitischer Friedensarbeit sichtbarer zu machen.

Publikationen

Frieden stiften weltweit - Millenniumsziele und Frieden als Kernaufgaben der Vereinten Nationen

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2010
FriEnt, EED, FES | 2010

Die EU und Afrika – Potentiale für entwicklungspolitische Friedensarbeit

FriEnt-Briefing 9/2010
Marc Baxmann | FriEnt | 2010

Conference Podcast „New Horizons“

FriEnt | 2010

New Horizons. Linking Development Cooperation and Transitional Justice for Sustainable Peace

Conference Report: Issues and Challenges
Sylvia Servaes, Natascha Zupan | FriEnt | 2010

Frieden stiften weltweit – Versöhnung und Verantwortung Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2009

FriEnt, EED, FES | 2010

Ein zwiespältiges Verhältnis: Private Sicherheitsfirmen und Entwicklungszusammenarbeit

FriEnt-Briefing 8/2010
Martin Kraft | FriEnt | 2010

Human Rights in Conflict – the Role of Civil Society

Shur Conference | Natascha Zupan, Sylvia Servaes | FriEnt | 2009

FriEnt im Detail

Lenkungsausschuss

	Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
BMZ	Dr. Ulla Mikota (Vorsitz bis Januar 2011) Christine Toetzke (Vorsitz)	Christine Toetzke (bis Januar 2011)
GIZ	Dr. Roman Poeschke	Dunja Brede
EED	Dr. Wolfgang Heinrich (Vorsitz)	Heiner Knauss
FES	Jürgen Stetten (bis September 2010) Jochen Steinhilber	Katharina Hofmann
hbs	Steffen Heizmann	Dr. Kirsten Maas-Albert
KZE/Misereor	Michael Hippler	Norbert Dittrich
Konsortium ZFD	Carsten Montag, <i>forumZFD</i>	Anne Storcks, AGEH (bis Dezember 2010) Bernd Rieche, AGDF
Plattform ZKB/INEF	Ulrich Frey, Plattform ZKB Dr. Cornelia Ulbert, INEF	
ZIF	Dr. Almut Wieland-Karimi	Tobias Pietz

Team

Natascha Zupan	Leitung
Brigitte Kirschner	Sekretariat, Redaktion Website
Marc Baxmann	Internationale Prozesse, Kommunikation
Anja Justen, Konsortium ZFD	Indonesien, Bildung
Martin Kraft, BMZ/GIZ (bis August 2009)	Nahost, Friedensentwicklung und Sicherheit
Caroline Kruckow, EED	Südkaukasus, Landkonflikte
Jana Mittag, hbs (seit Mai 2010)	Demokratieförderung
Marius Müller-Hennig, FES (seit Januar 2010)	UN, Friedensentwicklung und Sicherheit
Jost Pachaly, hbs (bis Dezember 2009)	Peace Building Paradigms
Bodo Schulze, BMZ/GIZ (seit Dezember 2009)	Nahost, Friedensentwicklung und Sicherheit, Bildung
Sylvia Servaes, KZE/Misereor	Nepal, Transitional Justice
Angelika Spelten, Plattform ZKB/INEF	Kenia, Prävention
Dr. Andreas Wittkowsky, ZIF (seit Januar 2011)	Friedensoperationen, Friedensentwicklung und Sicherheit

FriEnt ist eine Arbeitsgemeinschaft von:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)

Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor

Konsortium Ziviler Friedensdienst

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

